

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

26.4.1922 (No. 97)

militärischen Charakters. Dazu füge ich hinzu: Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Ringen gestanden haben. Er macht mit der Vergangenheit in gewissem Sinne „tabula rasa“. Worauf es für uns ankommt, das ist, mit dem russischen Volke zu einem wirklichen Frieden zu kommen und der Handelswelt zu ermöglichen, nach Osten freie Bahn zu erhalten. Wer uns nachfolgt auf diesem Wege, ist bei uns willkommen, und wir würden es sehr begrüßen, wenn in Genua die Westmächte mit Rußland zu einem Abschluß kommen, der ebenso wie der Vertrag von Rapallo friedlichen Entwicklungen die Wege ebnet.

Ein Gespräch mit Rathenau.

Aus einem Gespräch mit Minister Dr. Rathenau gibt der Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ folgende Äußerungen Rathenaus wieder:

„Sie haben, daß wir uns gerade Genua zum Abschluß des Vertrags ausgesucht haben? Wir haben es nicht ausgesucht, es wurde uns aufgedrängt. Hätten wir das Abkommen vorher abgeschlossen, etwa in Berlin, so hätten unsere Gegner das als Sabotage der Konferenz ausgegeben. Hätten wir es nachher getan, so hieß es: Das haben sie in Genua im Geheimen ausgehandelt. Als uns die dauernde Isolierung zwang, rasch zu handeln, schrien die anderen auf, wir hätten geheime Diplomatie getrieben. Ich sehe ringsum nichts als geheime Diplomatie!

Die Russen sollten ihre Verträge mit der Entente auf Grund des § 116 abschließen, der auch ihnen in Versailles den Anspruch auf Entschädigung durch uns sicherte. Sie wägen, warum wir nicht auf den freiwilligen Verzicht der Russen auf diesen Anspruch vertrauen? Weiß sie, auch wenn sie wollten, nicht verzichten dürfen, sondern genötigt waren, ihre Forderungen gegen uns an Frankreich zu zerbieren.

Unser leitender Gedanke konnte nur der sein: endlich wieder mit einem Volk in freundschaftlichen Wirtschaftsaustausch zu treten, mit einem Nachbar, dem wir nicht durch Schuldnechtigkeit verkauft sind. Ist dieses Ziel, das zu erreichen uns die andere Gruppe bis zuletzt verhindern wollte, nicht selbst den Lärm wert, der ungerecht darüber entstand? Sie meinen, Frankreichs Mäßigung zu führen, wäre ein zu hoher Preis? Wir haben alles getan, um immer wieder eine Woche oder einen Monat Paris zu beruhigen. Trotz allen Opfern haben wir volles Vertrauen nie erzwungen.

Sie wenden ein, ich hätte meinen Ruf als Pazifist aufs Spiel gesetzt? Von mir ist nicht die Rede. Wenn aber die Führer unseres Kabinetts mit ihrem ehelichen Willen zur Erfüllung der Verträge uns den Beifall früherer Gegner erzwungen haben, so könnten wir doch nicht Lebensinteressen verlegen, nur um uns diesen Ruf zu erhalten.

Ich freue mich, daß Sie mich einen guten Europäer nennen. Aber Sie werden mir erlauben, auch ein guter Deutscher zu sein. Ich habe den Krieg nicht verloren, aber wie wir das Land übernommen haben, so sind wir verpflichtet, es zu härten und ihm Freunde zu werben. Auch die innerpolitischen Schwierigkeiten, die Sie für uns zu fürchten scheinen, werden kommen; wir wollen sehen, ihrer Herr zu werden. Aus Furcht davor dürfen wir nicht die Verständigung mit einem willigen Nachbar vorbehalten, zu der wir als souveräner Staat berechtigt und mit dem wir wirtschaftlich verbunden sind. Gerade in der Schweiz sollte man doch die völkerverbindende Grundidee dieses Friedens willkommen heißen, der zum erstenmal Vergeben, Verzeihen, Kooperation zur Grundlage nimmt. Niemand denkt daran, etwa der Schweiz vorgreifen zu wollen, wenn sie ihre Schulden von den Russen eintreiben will.

Wir unsererseits haben sie als Macht anerkannt, haben unsere Ansprüche als ausgeglichen betrachtet und sehen uns zum erstenmal seit 1918 einem freiziehenden Lande gegenüber in rein wirtschaftlicher Verbindung, ohne die Last der Verschuldung zu fühlen.“

Eine englische Mahnung an Frankreich.

Der politische Sekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigg, gab englischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber eine Erklärung ab, in der er über die Rede Poincarés sagte:

„Alles, was Poincaré über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Alliierten gesagt hat, findet unsere herzlichste Zustimmung. Der einzige Kommentar, der für den Augenblick gemacht werden muß, ist der, daß die Rede ohne vorherige Beratung mit den Alliierten gehalten wurde.“

Die Worte des französischen Ministerpräsidenten, daß Frankreich eine Aktion innerhalb Deutschlands unternehmen würde, ob die Alliierten sich beteiligen oder nicht, sind in keiner Weise geeignet, die Zusammenarbeit zu sichern.

Die französische öffentliche Meinung ist besorgt und aufgeregt über das russisch-deutsche Abkommen und ist überzeugt, daß das russisch-deutsche Abkommen in der einen oder anderen Weise ein Ergebnis der Genuefer Konferenz ist. Dieser Gedanke ist in Frankreich durch falsche Darstellungen in der britischen und französischen Presse genährt worden. Grigg fügte hinzu: Wir hegen keine Besorgnis vor einer deutschen oder russischen Drohung in Europa. Wenn Deutschland und Rußland isoliert sind, muß allerdings zwischen ihnen eine enge Freundschaft bestehen. Die britische Regierung ist entschlossen, die beiden Länder davor zu bewahren, auf die Schlachtbahn geführt zu werden. Wir wollen eine offene und menschliche Politik gegenüber Rußland. Allerdings, sagte Grigg, sei die Haltung der Russen einer Regelung schwierig. Man könne sich schließlich nicht auf ein unendliches Schachern nach orientalischer Manier einlassen.

Lord Birkenhead.

Der Präsident des englischen Oberhauses, hielt im Kreise englischer und amerikanischer Pressevertreter eine Rede, in der er die Ansicht der englischen Öffentlichkeit über die Konferenz darlegte. Gewiß werde man auch von dieser Konferenz eine völlige Teilung für alle Abteil nicht erwarten können, weil es überhaupt keinen Weg für eine rasche wirtschaftliche Genugtuung der Welt gebe. Aber die Leiden könnten wenigstens gemildert werden. Die Welt lebe vom Handel mit wenigen Ausnahmen, wie Frankreich, das sich selbst genüge, während für England der internationale Handel eine Lebensfrage sei. Da es England an Absatzgebieten fehle, sei die Wiederherstellung der europäischen Märkte unerlässlich. Nicht nur in Europa, sondern auch in Rußland sei der Arbeitswille der Bevölkerung groß. Hinsichtlich Rußlands betonte Birkenhead, jede Nation habe das Recht, die Regierungsform zu wählen, die ihr am besten passe, ob sie dem Auslandes gefalle oder nicht. Rußland habe Europa ebenso sehr nötig, wie Europa Rußland bedürfe. Eine Verständigung mit Rußland sei sehr wohl möglich, wenn Rußland Leben und Gut der Ausländer sicheres stelle. Diese Konferenz könne vielleicht die europäischen Völker von der Furcht vor weiteren Feindschaften befreien. Wenn Rußland und seine Nachbarn gegenseitig keine Angriffe

zu befürchten hätten, so könnten sie ihre Tätigkeit ganz friedlich gegen die Behauptung der englischen Oppositionsparteien, daß in Genua nichts geleistet werde: Entweder könnten solche Leute die Tatsachen nicht bewerten oder ihre Ansicht entspreche dem Wunsch, die geleistete Arbeit zu sabotieren. Die Grundlage für die allgemeine Verständigung sei schon geschaffen. Ihre Verwirklichung sollte von der europäischen Öffentlichkeit unterstützt werden. Die Gegner einer Verständigung beräubten die Völker jeder Hoffnung. Ein Mißerfolg der Konferenz würde eine Tragödie bedeuten. Im Mittelalter sei die Weltlage vielleicht nicht schwieriger gewesen als jetzt. Trotz des herrschenden Chaos seien die Völker nach Genua gekommen, um etwas zu erreichen. Die Konferenz von Genua sei vielleicht wichtiger als die von Versailles, weil dort eine Stimme geherrscht habe, die keine Veröhnung zuließ, während jetzt auch die ehemaligen Feinde und die Neutralen zugelassen seien.

Verständigung zwischen Lord George und den Franzosen?

Das B. L. A. meldet vom Montag: Die Entspannung die sich gestern in Konferenzkreisen bemerkbar machte, trat heute noch deutlicher zutage. Sie wird besonders in den Kreisen der Entente und der Kleinen Entente gewürdigt, wo der allgemeine Eindruck heute Abend zum Optimismus neigt. Wenn heute auch keine offizielle Sitzung der Konferenz stattfand, so fand doch während des Frühstücks, das zu Ehren des britischen Bevollmächtigten von der französischen Delegation veranstaltet worden war, eine wichtige private Unterredung zwischen Lord George und Barthou statt. Der Vertreter der Sabas-Agentur glaubt zu wissen, daß die Zusammenkunft sehr herzlich war. Lord George habe zuerst seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß kein Abkommen und keine Regelung, die in Genua getroffen würden, zum Ziele führen und dauerhaft sein könnten ohne die Entente zwischen Frankreich und England, die gewissermaßen der Schlüsselstein des europäischen Gebäudes sei. Unter diesem Gesichtspunkte hätten die Führer der britischen und der französischen Delegation die Prüfung der großen Probleme, die der Konferenz vorliegen, unternommen. Sie hätten einmütig die Notwendigkeit anerkannt, eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Der Sabas-Vertreter bemerkte dazu, daß es eine interessante Entschädigung, die auf die eingeleiteten Verhandlungen einen entscheidenden Einfluß ausüben könne.

Zum deutsch-russischen Vertrag

schreibt der Berichterstatter des „Soz. Parlamentsdienstes“ u. a.:

„Die Zurückhaltung, die sich für uns in Genua schied, ist auch für die Heimat angebracht, besonders in bezug auf die Unterzeichnung der Frage, ob der Vertragsabschluß notwendig war oder nicht. Die Gründe der deutschen Delegation waren u. G. dringend genug, um selbst das Risiko außenpolitischer Gefahren auf sich zu nehmen. Was würde geschehen sein, wenn in Rußland abgelehnt worden wäre, und die deutschen Interessen nicht nur keine Berücksichtigung, sondern eine Schädigung erfahren hätten? Die deutsche Delegation in Genua hat bereits dem Staatssekretär in Auswärtigen Amt, R. Simon, mit dem notwendigen Material nach Berlin geschickt, um die dort zurückgebliebenen Mitglieder der Regierung und die führenden Parlamentarier über die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses zu unterrichten. Wir glauben, daß nach dieser Unterrichtung auch in der Heimat der Schritt der deutschen Delegation als einzige Möglichkeit zur Wahrung der deutschen Interessen in der gegebenen Situation anerkannt wird. Solange keine amtliche Auffklärung gegeben ist, sollte man wenigstens mit Angriffen auf die Delegation zurückhalten.“

Neue Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Russen.

Die Verhandlungen mit den Russen sind wieder auf einem neuen Punkt angelangt. Die Russen stellen bei der jüngsten Sitzung der Sachverständigenkommission neue Bedinungen, die sie in sechs Vorschlägen formulierten. Als Grundlage für weitere Verhandlungen fordern sie u. a. die Gewährung einer Kautschuk- und Aufhebung der Kriegsschulden, Nichtanerkennung des fremden Eigentums, Anerkennung der Sowjetrepublik. Auch bezüglich der Rückgabe des nationalisierten Eigentums machen die Russen neue Schwierigkeiten. Ihr Sprecher vor heute Rowloff, der aber auf energigsten Widerstand bei Barthou stieß, der die Fortführung dieser Händlerpolitik als unzulässig bezeichnete. Die Folge dieses Sitzungsablaufs ist, daß die Verhandlungen mit den Russen wieder einmal eine Sackgasse wurden, da die Delegationen erst die neuen Forderungen der Russen ihren Regierungen unterbreiten müssen.

Die Isolierung Frankreichs.

Die Rede Poincarés in Bar-le-Duc findet in der Presse große Beachtung. Während die „Times“ schreiben, die Erklärung Poincarés sei frei von Abseits und Drohungen, nennt „Westminster Gazette“ die Rede eine in Deutschland gerichtete Drohung. — „Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel über die Rede „Kaiser Poincaré“ und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellvertreter aus Genua zurückziehen wolle, so sollen sie um Himmelswillen gehen. Sie seien dort nur eine Plage, Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald der Puff entfällt, werde er aufhören, Europa zu verpesten. — „Daily News“ schreiben, Poincaré rede wild von der Unschlossenheit, Maßnahmen, wenn nötig, allein zu treffen, um Deutschlands Rasse zu leeren. Das bedeute, daß er wisse, Großbritanien werde ins Ruhegebiet nicht einmarschieren. Es bedeute aber auch die moralische Isolierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei. — „Daily Chronicle“ schreibt, die fiese Aktion der französischen Delegation in Genua am letzten Samstag würde von den in Genua anwesenden Personen auf das Treiben Poincarés zurückgeführt. Dieser Eindruck werde jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt, die Poincaré in Bar-le-Duc hielt. Die Drohungen mit den Finanzmaßnahmen sei die letzte Drohung, daß Frankreich die Alliierten unberücksichtigt lasse und den Sabel allein schwingen werde, wie es ihn in Frankfurt geschwungen habe. Die Alliierten Frankreichs könnten nur antworten, was sie damals sagten, nämlich, daß, wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seinen eigenen Weg gehe, es die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten könne.

Aus den Kommissionsverhandlungen.

Ein amtlicher Konferenzbericht vom 24. besagt: Die erste Unterkommission der Wirtschaftskommission hielt heute vormittag halb 11 Uhr unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Colrat eine Sitzung ab, in der zunächst auf Grund des Gutachtens der in der vorigen Sitzung ernannten Sachverständigen der Wortlaut angenommen wurde, der an die Stelle der Artikel 46 und 49 des Londoner Sachverständigenberichts treten soll. Die Unterkommission überdies ferner Artikel 41 des Londoner Sachverständigenberichts, der sich auf das Protokoll der Konferenz von Porto Rufe bezieht, dem Redaktions-

ausschuß und vertagte alsdann die Besprechung der Zolltarifffrage auf Dienstag vormittag halb 11 Uhr.

Die endgültige Fassung, die an die Stelle der Artikel 46 und 49 des Londoner Sachverständigenberichts treten soll, hat folgenden Wortlaut: „1. Wie bedeutungsvoll auch die von gewissen Staaten in Anbetracht ihrer außergewöhnlichen Verhältnisse die für die Aufrechterhaltung oder die Einführung von Ein- und Ausfuhrverboten oder -beschränkungen ins Feld geführten wirtschaftlichen und finanziellen Gründe sein mögen, so wird doch anerkannt, daß diese Maßnahmen eines der schwersten Hindernisse darstellen, das dem internationalen Handel zurzeit entgegensteht. Man solle daher nichts scheuen, um dieses Hindernis mit möglicher Beschleunigung auf das absolute Minimum zu beschränken. 2. Ausnahmen von diesem Grundsatz müssen besonders hinsichtlich monopolisierter Güter oder für den Fall vorgezogen werden, daß es sich um die Befriedigung von Lebensbedürfnissen des Volkes, den Schutz der öffentlichen Sicherheit, der Stillschließung oder die Sicherheit oder den Schutz von Tieren und Pflanzen gegen Seuchen handelt. Welches aber auch ihre Gründe sein mögen, so hemmen derartige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen den internationalen Handel in einem solchen Maße, daß man die Inangränglichkeit dieses Systems mit möglicher Beschleunigung durch Erlass von Bestimmungen beschränken sollte, an Hand deren die Geschäftswelt im Vorhinein mühelos die Bedingungen feststellen kann, unter denen Ausnahmen für sie erköstlich sind. 3. Es besteht somit Einigkeit darüber, daß die Bewilligung von Ausnahmen anerkannt wird. Die Bedingungen, unter denen sie erköstlich sind, sind zu veröffentlichen und klar zu formulieren. Das System der Ausnahmen soll möglichst einfach und beständig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß die an Behörden oder an sie als zuständig gerichteten Gesuche um Bewilligung der Ausnahmen mit Beschleunigung geprüft werden.“

Der Sachverständigenausschuß der Konferenz für die russischen Angelegenheiten hat am Sonntag nachmittag im Beisein der russischen Delegation mit Krassin an der Spitze die Prüfung der Antwort Tschiwcherins begonnen. Die Russen bestanden auf der Notwendigkeit der Bewilligung von Krediten für den Wiederaufbau Rußlands. Sie gaben ihre kritische Lage offen zu. Es wurde ihnen aber sofort bedeutet, daß die Möglichkeit irgendwelcher Kredite von einer Lösung der Schuldfrage abhängt, die vor allem die Lage des auswärtigen Besitzes und der ausländischen Unternehmen in Rußland berücksichtige und vom praktischen Gesichtspunkte aus löse. Die Verhandlungen wurden vom Präsidenten Evans sehr geschickt geleitet. Von einigen Delegierten wurden umfangreiche Erklärungen über verschiedene Fragen verlangt. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und die Vergütung der Schäden, die ausländische Private in Rußland erlitten haben.

Am Montag fand eine Sitzung der Unterkommission des Finanzausschusses für Kreditfragen statt. Der Vorsitzende Evans wies einleitend darauf hin, daß zu Artikel 37 und 38 des Memorandums von London eine Reihe Abänderungsvorschläge vorlägen. Artikel 47 behandle die Grundzüge der internationalen Kreditgewährung durch eine internationale Korporation. Artikel 38 gebe eine nähere Bestimmung der für die Kredite zu stellenden Sicherheiten. Die italienischen Vorschläge deckten sich in den beiden ersten Bestimmungen mit den von der Unterkommission bereits festgestellten Grundzügen. Die englische Delegation glaube, daß eine kurze Wiederholung dieser Grundzüge im Rahmen der Kreditfrage zweckmäßig sei, und werde eine solche Zusammenfassung in der nächsten Sitzung vorlegen. Ein Programm über den Aufbau einer internationalen Korporation werde gleichfalls bis zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Delegation zugehen.

Der belgische Delegierte wies darauf hin, daß nach seiner Auffassung zur Förderung der Produktion und zur Erhöhung der Arbeitsleistung in den finanziell schlecht stehenden Ländern in erster Linie eine Wiederherstellung des Vertrauens nötig sei. Er schlage seinerseits vor, im Wege internationaler Zusammenwirken ein Kreditinstitut zu schaffen, das nicht neues Geld übernehme, sondern lediglich die Garantie für Kredite übernehme, soweit solche wirtschaftlich schwachen Ländern gewährt werden müßten. Jede des Instituts würde es sein, sich ausreichende Sicherheiten für seine Bürgschaften geben zu lassen. Dadurch würde wirtschaftlich schwachen Staaten die Möglichkeit geboten, einen Teil ihres Besitzes im Interesse einer Kreditaufnahme zu mobilisieren und auf diesem Wege den Wiederaufbau zu fördern.

Minister Vermees stellte für die deutsche Delegation den Antrag, in die Überschrift zu dem Kapitel „Kredite“ die Worte aufzunehmen: „einschließlich langfristiger Anleihen“, und dort, wo von der internationalen Korporation die Rede sei, ergänzend hinzusetzen, daß an wichtigen finanziellen Transaktionen auch internationale Finanzinstitute beteiligt sein sollen. Vermees führte hierzu aus, in den Artikeln 37 und 38 werde eine internationale Korporation als eine Einrichtung bezeichnet, die die Kreditgewährung verwirklichen solle. Die deutsche Delegation stelle ausdrücklich nochmals fest, daß die Schaffung jeder internationalen Organisation, die sich mit dem Wiederaufbau der wirtschaftlich schwachen Staaten beschäftigen, ihre volle Sympathie habe. Daher habe auch Deutschland unter Zugabe schon im Februar einer internationalen Korporation seine Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Es erwarte, daß die Arbeiten einer solchen internationalen Korporation auf allen Gebieten der europäischen Wirtschaft und der europäischen Finanzen von Erfolg begleitet sein würden. Die deutsche Delegation glaube daher, daß bei finanziellen Transaktionen von solcher Bedeutung, wie sie die Lösung der gegenwärtigen Probleme mit sich bringe, auch auf die Finanzgruppen hingewiesen werden sollte, denen die Durchführung dieser großen Transaktionen entweder in Verbindung mit der internationalen Korporation oder unter Umständen auch allein obliegen könnten.

Über diese deutschen Anträge sowie einen weiteren Antrag auf Abänderung der italienischen Vorschläge soll in der nächsten Sitzung eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Ein Gutachten der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission hat die Ergebnisse einer Enquete über die Frage der Stabilisierung des Geldwerts zu einem ausführlichen Gutachten zusammengefaßt, das von Hartmann, Hifferding, Kauffisch, Reberer, Lindemann, Lupp und Steger unterzeichnet ist. Einzelne Mitglieder der Kommission haben ihre abweichende Meinung in Zusatznoten beigefügt.

Der erste Teil des Gutachtens zählt die Gründe und die Entwicklung der jetzigen wirtschaftlichen Notlage Deutschlands auf: die Schuldvermehrung und Geldverschlechterung während des Krieges, die Lähmung der Produktion durch den Zusammenbruch, die Bestimmungen des Friedensvertrages, die wirtschaftliche Unsicherheit, die hierdurch verursacht ist, und die erheblichen Passivposten der Zahlungsbilanz mit gleichzeitig

ungünstigen Wechselkurs. Als das vorläufige Ziel der Währungsreform, so wird weiter ausgeführt, kann weder die Einführung der Goldwährung noch die Erleichterung von Betriebskrediten angesehen werden. Jede Stabilisierung des Marktkurses hat zur Voraussetzung eine geordnete Zahlungsbilanz und den Besitz ausreichender Mengen von Gold (Goldbesitz, auswärtige Kredite usw.). Die Operation würde außerordentlich erschwert, wenn nicht nur eine untere, sondern auch eine obere Grenze festgelegt würde, insbesondere, weil dann die deutschen Noten und Marktguthaben des Auslandes in Massen dem Salutamarkt zufließen würden. Deshalb kommt als vorläufiges Ziel nur das Festhalten einer unteren Grenze für den Marktkurs und damit einer oberen Grenze für die Goldbesitz in Frage. Zur Durchführung dieser Stabilisierung müssen durch Einschränkung des Konsums und Erweiterung der Produktion diese beiden Komponenten in Einklang gebracht werden. Die Konsumeinschränkung aber ist durch die schon erfolgte starke Einschränkung, die Produktionssteigerung durch die Unfähigkeit des internationalen Wirtschaftslebens behindert.

Der Reichshaushalt ist durch Steuern oder soweit erforderlich, durch langfristige innere Anleihen, zu balanzieren. Da dies durch fortschreitende Geldentwertung stets wieder verhindert wird, muß die Sanierung der Staatsfinanzen mit der Regulierung der Wechselkurse zusammengehen.

Die Festigung des Marktkurses kann nicht von dem selbsttätigen Mechanismus der Zahlungsbilanz erwartet werden. Die aus Verschlechterung des Wechselkurses entstehende Exportprämie kann nur wirksam werden, wenn die Aufnahmeländer keine künstlichen Schranken setzen und lauffähig sind. Beides trifft heute nicht zu. Der deutsche Export ist nur unter gleichzeitiger Drohung des Exports zu beschränken. Andererseits fehlt es der deutschen Wirtschaft an Kohlenmangel usw. an Elastizität, um die Exportchancen voll auszunutzen. Die gleiche Tendenz der Marktzuführung der Ausgleich der Zahlungsbilanz auf dem Wege internationaler Kapitalwanderung.

Die Reparationsschuld stellt einen weiteren u. z. harten Passivposten der Zahlungsbilanz dar, der von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den aktiven Faktoren der früheren Zahlungsbilanz unabhängig ist.

Es erscheint daher unter Berücksichtigung der dringenden Bedürfnisse unserer Gegner als das Zweckmäßigste, daß die in den nächsten 5 Jahren fälligen Barzahlungen durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden. Deutschland verpflichtet sich, diese Anleihe zu verzinsen und zu tilgen. Damit wäre die Grundlage geschaffen für die Sicherung zukünftiger Leistung aus der Reparationsverpflichtung, deren Ungleichheit heute vor allem durch die wachsende Belastung bei jedem Marktzuführung für den deutschen Haushalt bedingt ist.

Aus den Vorschlägen sei noch hervorgehoben, daß v. Balogh und Rabbeitz besonders auf die notwendige Umstellung des Inlandsverbrauchs vom Fleisch zum vegetabilischen Konsum hinweisen, während Alfred Weber für die Modifikation des Inlandsverbrauchs und Rückgabe des deutschen Auslandsbesitzes eintritt.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 25. April.

Präsident Wittemann eröffnet gegen 4 Uhr die erste Sitzung nach der Osterpause.

Eingegangen ist eine große Zahl von Gesuchen u. Anträgen. 11. a. ist der Verein süddeutscher Zeitungsvorleger wegen der Ausfuhr von Papierholz vorstellig geworden.

Ein von der linken Seite mit Anleihe aufgenommener Antrag der deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen und des Landvolkes auf Aufhebung der Verordnung betr. die Feier des 1. Mai kommt am Freitag zur Beratung.

Das Haus bewilligt sodann eine Reihe von Ausgabebilanzen, die größere bauliche Vorhaben betreffen, und erteilt die Genehmigung zur Verwendung der Gelder schon vor Erlaß des Finanzgesetzes.

Hg. Marum (Soz.) berichtet darauf über den Vorschlag des Justizministeriums.

Dazu liegt eine Entschliebung des Ausschusses zur Justizreform vor, welche die bisherigen Vorschläge zum Studium der Rechtsministerien und zum Richteramt beibehalten lassen will. Die Frauen sollen zum Amt eines Vormundschafts-, Jugend- und Fürsorgegerichts, sowie zu jeder ehrenamtlichen Tätigkeit in der Rechtspflege, ferner zu dem freien Beruf des Rechtsanwalts, nicht aber zum Amt eines Berufsrichters zugelassen werden.

Hinsichtlich des Ehescheidungsrechts vertritt die Mehrheit des Ausschusses folgenden Standpunkt: Ein Ehegatte soll auf Scheidung klagen können, wenn ohne sein Verschulden eine so tiefe Zerrüttung der Ehe eingetreten ist, daß ihm die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Außerdem soll die Wiedereröffnung der in Baden bis 1920 gültigen Ehescheidung auf wechselseitige Einwilligung nach Feststellung der Ernstlichkeit und Andauer des Willens der Eheleute erwogen werden.

Hg. Schön (Dem.) erstattet Bericht über einen unabhängigen Antrag auf Freilassung der politischen Gefangenen und Freibrückung der schwedischen Kommunistenprozesse. Der ablehnenden Haltung der Regierung hat sich auch der Ausschuss angeschlossen.

Nachdem noch der Abg. Rieger (Zentr.) die Stellungnahme des Ausschusses zu einem Gesuche des Vereins badischer und mittlerer Justizbeamter betr. Übertragung richterlicher Geschäfte mitgeteilt hatte, vertagte sich das Haus auf morgen Vormittag.

DZ. Karlsruhe, 26. April.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag auf Konsum, wegen Einstellung der Maßregelungen anlässlich des Eisenbahnstreiks.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Kullmann (Soz.) beantragt Ablehnung. Die Ausschussmehrheit ist der Ansicht, daß für die badische Regierung kein Anlaß vorliegt, einzugreifen.

Abg. Bod (Komm.) setzt seinen Standpunkt zum Eisenbahnstreik auseinander und bespricht, daß sich dabei kommunistische Tendenzen bemerkbar gemacht hätten.

Als der Redner im Verlaufe seiner zweifelhafte Ausführungen die Tätigkeit der technischen Röhre als „unlösliches Verbrechen“ bezeichnet, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Abg. Haier-Heidelberg (Soz.) erklärt, seine Fraktion erwarte, daß auch in Baden die Disziplinargerichte gegen Eisenbahnbeamte nur im Rahmen der von der Reichsregierung erteilten Richtlinien erfolgen. Bisher sei kein Material dafür vorhanden, daß diese Grundzüge nicht eingehalten worden sind. Der sozialdemokratische Standpunkt zur Frage des Beamtenrechts sei hinreichend bekannt.

Staatspräsident Dr. Hummel: Der Abg. Bod hat darauf hingewiesen, daß der Streik der Reichsgewerkschaft wirtschaftlichen Gründen entspringen sei, und bemerkt, daß das politische

Ziel des nächsten Kampfes der Sturz der Regierung sein müsse. Das ist für uns ein Anlaß, die nächste Bewegung mit ganz besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die Darlegungen des Abg. Bod waren eine wertwürdige Begründung eines Protestantrages gegen Maßregelungen. Und die Eisenbahner werden sagen: Gott bewahre uns vor diesen Freunden.

Abg. Seurich (Zentr.) stellt gegenüber dem kommunistischen Redner fest, daß die christlichen Gewerkschaften mit der Zeitungsnotiz über die Aufhebung des Reiseerlasses nichts zu tun haben. Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schreitet das Haus zur Abstimmung.

Der Antrag Bod wird gegen die fünf Stimmen der äußersten Linken bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Es folgte die Generaldebatte über den Justizetat.

Abg. Rieger (Zentr.) weist den verallgemeinerten Vorwurf der Klassenjustiz zurück. In Baden bestehe kein Anlaß zu Klagen. Den Richtern, die meist aus kleinen Kreisen hervorgegangen seien, dürfe man das Gefühl für das Volk nicht absprechen. Der Richter müsse sich staatspolitisch auf die heutige Zeit einstellen. Redner empfahl die Zulassung der Frau als Jugend- und Fürsorgegericht, nicht aber als Berufs- oder Vormundschaftsrichter. Die bisherigen Voraussetzungen zum Rechtsstudium und zur praktischen Betätigung des Richteramtes müssen beibehalten werden. Redner äußerte sich dann über die Rechtsprechung im besonderen; die Arbeiterkreise kämen bei der Berufung als Schöffen und Geschworenen nicht zu kurz. Abg. Rieger begründete schließlich die Gegnerschaft seiner Partei gegen jede Erleichterung der Ehescheidung und fordert Beibehaltung des Schulprinzips.

Die Aussprache wird nachmittags fortgesetzt.

Der Kultus.

Im Vorschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts sind beim Ziel: Kultus 5 238 260 M. als Staatsbeitrag für den katholischen, den altkatholischen, den evangelischen und den israelitischen Kultus eingestellt. Der Konsumschatz hatte sich am Dienstag über die Bewilligung dieser Beträge schlüssig zu machen. Der Berichterstatter, Abg. Strobel, stellte den Antrag, die Erörterungen über die Frage, ob der Staat die rechtliche Verpflichtung zur Einstellung der Positionen habe, zurzeit auszusetzen. Darüber könne gesprochen werden, wenn das Rechtsverhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften im Landtage erörtert werde.

Die Vertreter der einzelnen Parteien schlossen sich dieser Stellungnahme des Berichterstatters an. Ausgesprochen wurde, daß durch die Abstimmung keine der abstimmenden Parteien gebunden ist, wie sie sich zu dem rechtlichen Verhältnis des Staates zur Kirche stellt. Die Abstimmung ergab die Bewilligung der in Frage kommenden Positionen mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen. Diese enthielten sich der Stimme. Damit war die Position Kultus genehmigt.

Eine kurze Debatte entspann sich noch auf die Anregung eines Mitgliedes über die Einziehung der Kirchensteuer u. Es wünsch, daß die betreffende Verordnung noch auf ein weiteres Jahr Anwendung finden solle. Man habe zu prüfen, inwiefern die Einziehung der Vermögenssteuer als Steuerobjekt möglich sei. — Ein anderes Mitglied schloß sich dieser Auffassung an.

Die Regierung erklärte, das Kirchensteuergesetz sei fertig. Es werde demnächst dem Landtag vorgelegt werden. Die Vermögenssteuer als Steuerobjekt könne in ihrer Einwirkung auf die Kirchensteuer nachgeholt werden.

Verbotene Lichtspielstreifen.

In neuerer Zeit häufen sich nach einer Mitteilung des Reichsministeriums des Innern die Fälle, in denen Hersteller und Verleiher reichsgehalteter Lichtstreifen es unterlassen, von den Filmprüfstellen beantragte Teile durch Herausschneiden aus den käuflich oder mietweise abgegebenen Kopien zu entfernen. Es gelangen daher nach wie vor Kopien zur öffentlichen Vorführung, die verbotene Szenen enthalten.

Das Badische Ministerium des Innern hat darum, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, einem Ertrag des Reichsministeriums entsprechend, die Bezirksämter erneut angewiesen, die Kontrolle der Lichtstreifen zu verschärfen, und falls solche verbotene Bildstreifen, die vor allem auf jugendliche Zuschauer eine verbotliche Wirkung ausüben können, zur Vorführung kommen, Strafverfahren einzuleiten.

Wissenschaftlicher Jugendfürsorgekurs.

P. A. Das bevorstehende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz wird zu seiner Durchführung einer großen Zahl gut vorbereiteter Kräfte bedürfen, die eine Einstellung auf ihre erzieherische Arbeit genommen haben. Eine solche Fort- und Fortbildung möchte ein Kurs vermitteln, den das Fürsorgeforum der Universität, die Zentrale für private Fürsorge und das Fürsorgeamt für Akademiker in Frankfurt a. M. unter Leitung von Professor Dr. Klunier, Dr. Kolligheit und Dr. Stubbers im Sommer 1922 und Winter 1922/23 veranstalten.

Wegen der Kürze der Zeit werden nicht alle Gebiete des Jugendstudiums gleichmäßig eingehend behandelt werden. Der Kurs erstreckt daher, die Teilnehmer in einem theoretischen Semester soweit in die großen Fragen der Fürsorge und ihre wissenschaftliche Bearbeitung einzuführen, daß sie zu selbständiger Fortbildung befähigt sind und ihnen dann in halbjähriger praktischer sozialer Arbeit lebendige Anschauung zu vermitteln und Gelegenheit zu geben, ihre besondere Eignung zu prüfen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch aus Baden Interesse an dem Kurs zeigt, der am 3. Mai beginnt, umso mehr, als die Kursgebühren sehr gering sind. Die Vorzüge des Kurses liegen in der wissenschaftlichen Unterweisung durch die zahlreichen Fachkollegen der Stadt und die enge Fühlung des Seminars mit den Fürsorgevereinigungen.

Die Leiter der Preisprüfungsstellen

Der großen Städte hatten sich am Montag, den 24. April um 11 Uhr im Ministerium des Innern zu einer Sitzung eingefunden, um auf Grund der bis jetzt gewonnenen Erfahrungen eine Reihe von Einzelfragen aus dem Arbeitsgebiet der Preisprüfungsstellen mit den Vertretern der Regierung zu besprechen. An der Sitzung nahmen außer der Leitung des Landespreissamtes auch Oberregierungsrat Dr. Hafner als Vertreter des Generalstaatsanwalts und Staatsanwalt Dr. Geißler als Leiter der Bürgerabteilung bei der Staatsanwaltschaft teil. Die sehr eingehende Aussprache, die der Vorsitzende mit einem Überblick über den Aufgabenkreis der Preisprüfungsstellen einleitete, ließ auf neue wichtige und wir-

lungsvolle Tätigkeit erkennen, die sich vor allem bei der Regelung der Preisbildung, der Bekämpfung des Wuchers und der Aufklärung der Verbraucherkreise in schwierigen Fragen der Preisgestaltung entfalteten. Eine engere persönliche Fühlungnahme und gemeinsame Aussprache mit dem laufenden Publikum sowie mit Händler- und Erzeugerkreisen haben günstige Ergebnisse gezeitigt. Die Preisprüfungsstellen werden zwar von den Verbrauchern in immer regerer Weise in Anspruch genommen, es ist aber doch eine noch härtere Inanspruchnahme von allen Seiten als dringend wünschenswert bezeichnet worden, denn nur bei weitgehender Unterstützung durch die Bevölkerung und bei sofortiger Anzeige aller beanstandeten Preisforderungen ist eine durchgreifende Bekämpfung der Auswüchse in der Preisbildung möglich. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es in erster Linie die Sache des Publikums selbst ist, bei der Bekämpfung dieser Mißstände tatkräftig mit Hand anzulegen. Nachdem sich noch die Vertreter der Staatsanwaltschaft zu mehreren Fragen besonders über die Bekämpfung des Wuchertums durch Staatsanwaltschaft und Gerichte geäußert hatten, wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrsperren.

Gesperst ist die Annahme von Frachttüchtigkeit nach Erfeld Ort und Umladestelle. Ausgenommen sind Saatgut, Sämereien und Befahrungsgut. Aufgehoben ist die Frachttüchtigkeit nach Reuß Ort und Umladestelle.

DZ. Heidelberg, 25. April. Für die Auffindung von Fräulein Salomon-Galdi ist jetzt eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt worden. Alle bisherigen Ermittlungen sind ergebnislos verlaufen.

DZ. Rastatt, 25. April. Die Luftverkehrssteuer hat im Monat März eine Einnahme von 15 929 M. erbracht.

DZ. Baden, 25. April. Am Sonntag tagte hier die Hauptversammlung der Jugendherbergen in Baden, die aus dem ganzen Lande sehr gut besucht war. Begrüßungsansprachen hielten Regierungsrat Brohmer-Karlsruhe namens des Zweigauschusses Baden; Geh. Oberregierungsrat Frhr. von Reck im Auftrag des Ministeriums des Innern. Regierungsrat Brohmer erstattete den Geschäftsbericht, demzufolge 50 Jugendherbergen bestehen und knüpfte daran den Dank an alle Behörden für die zuteil gewordene Unterstützung. Der zweite Vorsitzende, Herr Gutmann, gab ein Bild von den Verhandlungen auf Burg Rotensels am Rhein. Die Mitgliederbeiträge wurden den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht, der bisherige Vorstand durch Jurist wiedergewählt und als Ort der nächsten Tagung Lahe bestimmt. — Am Samstag fand ein von der Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände Baden-Badens veranstalteter Jugendherbergs-Abend statt, der Vorträge des Stadtvorgers Dr. Nierl und des ersten Vorsitzenden des Zweigauschusses Regierungsrat Brohmer über die hohen idealen Ziele der Bewegung brachte. Der Abend nahm bei deklamatorischen und turnerischen Vorführungen Darbietungen, Musik und allgemeinem Gesang einen harmonisch schönen Verlauf.

* Aus Forstheim schreibt man uns unterm 22. April: Ein Akt bodenloser Missetat wurde gestern von zwei Mähriern Ruben, anders kann man sie nicht nennen, zwischen der Gutinger Gartenstadt und Nieren an der Stuttgarter Landstraße begangen. Das Wasser- und Straßenbauamt Forstheim hatte an der sonnigen und daher günstigen Straßenseite vor wenigen Wochen eine junge Obstbaumplantage anlegen lassen zur Ergänzung älterer Anlagen, die trotz der allgemeinen Zugänglichkeit reichlichen Ertrag im Interesse des Staats und der Bevölkerung abgeworfen hatten. Gestern früh waren an 24 Bäumen die Kronen vollständig abgeknippt, diese waren teilweise so hoch, daß Hinaufklettern an den Fächeln nötig war, um diese Geldentat fertig zu bringen. Um 4 Uhr morgens hatten lärmend und jöhend Vorbeiziehende die Anwohner aufgeweckt, so daß nach einigem Herumfragen die zwei Gesellen durch die Gendarmen bereits um 7 Uhr zur allgemeinen Befriedigung der dortigen Bewohner gefaßt werden konnten. Man hörte nur die eine Ansicht, daß für solche Rubenstücke eigentlich nur Prügel gewachsen seien. Ein gebürtiger Schweizer und ein Schwarzwälder sind die beiden Missetäter.

Offenburg, 24. April. Wie nunmehr feststeht, wird der Erzberger-Prozess in der Schwurgerichtsperiode, welche am 8. Mai beginnt, erledigt werden. Wegen Beihilfe zur Ermordung Erzbergers ist angeklagt Kapitänleutnant Klinger, in dessen Wohnung die Koffer der beiden Erzbergermörder gefunden wurden. Klinger sitzt in Offenburg in Untersuchungshaft. Der Prozeß wegen Hochverrats, der gegen Klinger und andere Mitglieder der Münchener Geheimorganisation „C“ angehängt worden soll, wird entsprechend einer Entscheidung des Reichsgerichts von der Anklage gegen Klinger wegen Beihilfe zum Erzbergermord abgetrennt; es sieht jedoch noch nicht fest, welches Gericht den Hochverratsprozeß verhandeln wird.

Wie weiter mitgeteilt wird, ist der Verteidiger des seinerzeit verhafteten Rechtsanwalts Müller, der Münchener Rechtsanwalt Gähler, flüchtig gesungen. Das gesamte Material auch für den Erzbergerprozeß ist vervielfältigt und zum großen Teil photographiert und wird an verschiedenen Stellen des Reiches aufbewahrt, um bei einem etwaigen Attentatsversuch den vollkommenen Verlust der Dokumente zu verhindern.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 20. April 1922.

Ergänzung des Bürgerausschusses. Architekt Emil Deines hat infolge seines Austritts aus der Deutsch-Demokratischen Partei seine Ämter als Stadtverordneter und Mitglied städt. Kommissionen niedergelegt. Der Stadtrat erkennt an, daß der Genannte nach § 17 der neuen Gemeindeordnung durch das Ausschneiden aus der Partei, von der er gewählt war, dieser Ämter verlustig gegangen ist. An seine Stelle tritt nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehöriger Bewerber der Deutsch-Demokratischen Partei Rechtsanwalt Dr. Richard Bielefeld.

Städt. Badeanstalten. Zur teilweisen Dedung der durch die fortgesetzte Teuerung verursachten Erhöhung der Betriebskosten für die städt. Badeanstalten tritt mit Wirkung vom 1. Mai ab eine Erhöhung der Bäderpreise ein.

Vorläufige Erhebung einer gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer für 1922. Nach § 12 Ziffer 1 und 2 und § 53 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in Verbindung mit § 90 Ziffer 1 der Vollzugsbestimmungen hierzu hat ein Steuerpflichtiger für das laufende Rechnungsjahr, solange ihm ein Steuerbescheid nicht zugeht und sofern seine Gemeindesteuerpflicht im Vorjahre mindestens 2500 M. betragen hat, den Schuldbetrag in Höhe der vorjährigen Steuerpflicht in Teilbeträgen, fällig in den ersten 15 Tagen der Monate April, Juli, Oktober und Januar, zu entrichten. Da die Fertigstellung des von der Steuerbehörde aufzustellenden Registers noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ordnet der Stadtrat nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die vorläufige

